

Pressemitteilung 51/2016

Halle (Saale), den 19. Dezember 2016

Dienstleister bestimmen die Dynamik der Beschäftigung

In Ostdeutschland wurden deutlich weniger neue Beschäftigte eingestellt als in Westdeutschland. Hintergrund sind vor allem die schwachen Impulse des Dienstleistungssektors im Osten. Das wiederum hat vor allem strukturelle Gründe.

Der Beschäftigungsaufbau in Ostdeutschland kommt nur schleppend voran. Während die Beschäftigung im Westen der Republik im Jahr 2015 um 1,0% gegenüber dem Vorjahr zunahm, stieg sie im Osten nur um 0,4%. Für 2016 lässt sich in Ost und West ein gleicher Anstieg von 1,0% erwarten. „Der gute Wert für Ostdeutschland wird aber maßgeblich von Berlin getragen. Hier hat die Beschäftigung um 2,1% zugenommen, während sie in den Flächenländern sogar um 0,1% gefallen ist“, erklärt Dr. Hans-Ulrich Brautzsch, Forscher am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Zudem lassen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern erkennen: „In Mecklenburg-Vorpommern hat die Beschäftigung zum Beispiel um 0,5% zugenommen, in Sachsen-Anhalt ist sie aber um 0,6% gefallen.“

Eine maßgebliche Ursache für den lahmenden Beschäftigungsaufbau im Osten liege im Dienstleistungsbereich, so Brautzsch. „Der deutlich geringere Aufbau lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass der Dienstleistungsbereich im Osten merklich weniger Impulse für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung gibt als in Westdeutschland.“ Der IWH-Forscher hat hierzu die Expansionsbeiträge – also die Anteile verschiedener Wirtschaftsbereiche an der Veränderung der Erwerbstätigkeit gegenüber einer Referenzperiode – seit 2011 untersucht. Es zeigt sich, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland seitdem um 1,8% gestiegen ist, in Westdeutschland allerdings um 4%. Der Dienstleistungsbereich hat im Osten 1,7 Prozentpunkte zur Expansion beigetragen – im Vergleich zu 3,2 Prozentpunkten im Westen. Unter den ostdeutschen Flächenländern sind nur in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die Impulse der Dienstleistungsbereiche überhaupt spürbar. In fast allen ostdeutschen Flächenländern ist es eher das Verarbeitende Gewerbe, das die Beschäftigungsexpansion vorantreibt. Berlin nimmt hier eine Sonderstellung ein: In diesem Bundesland nahm die Beschäftigung im Zeitraum von 2011 bis 2015 mit 7,9% am stärksten zu, wobei der kräftige Beschäftigungsaufbau nahezu vollständig aus den Dienstleistungsbereichen stammt.

Dieser Eindruck setzt sich auf der Ebene der Kreise fort: Nur in wenigen ostdeutschen Zentren, so zum Beispiel in Berlin, Leipzig oder Dresden und ihren umliegenden Kreisen, nahm die Beschäftigung maßgeblich zu. Gleichzeitig gingen auch nur dort von den Dienstleistern positive Beiträge für die Beschäftigung aus.

Sperrfrist
19. Dezember 2016, 15:00 Uhr

Pressekontakt
Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Hans-Ulrich Brautzsch
Tel +49 345 7753 775
brt@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi),
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales (BMAS), Bundesministerium
des Innern (BMI) Wirtschafts-
ministerien- und Arbeitsministerien
der Neuen Länder,

Wissenschaftliche Schlagwörter
Arbeitsmarkt, Ostdeutschland, Ost-
West-Konvergenz, Bundesländer-
vergleich, Dienstleistungsbereiche,
Beschäftigung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

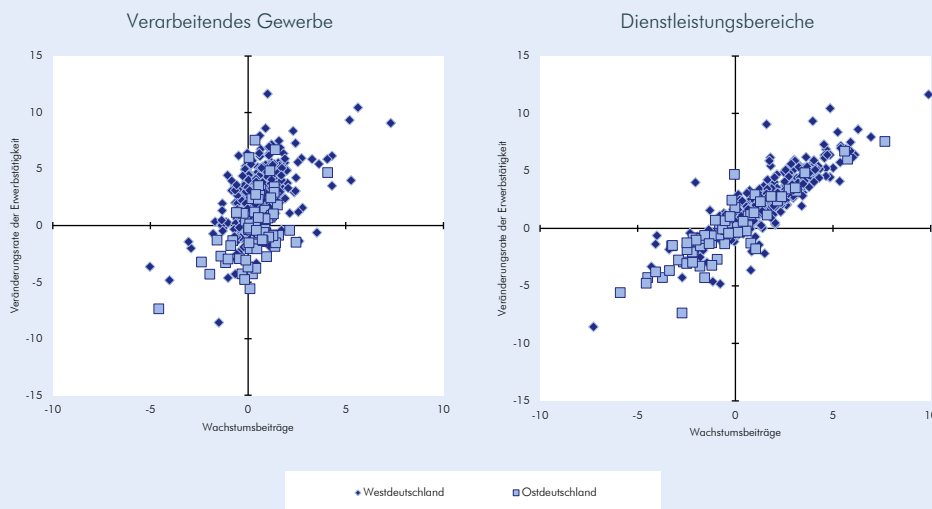
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung

Veränderungsrate der Erwerbstätigen und Expansionsbeiträge zur Beschäftigung im Zeitraum von 2011 bis 2014 in den Kreisen



Quellen: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Dass der Dienstleistungssektor in den ostdeutschen Ländern nur geringe Expansionsbeiträge liefert, sieht Brautzsch in den strukturellen Unterschieden zum Westen begründet. „Neben regional sehr unterschiedlichen Anteilen von geringfügig und Teilzeitbeschäftigten spielt auch die demographische Struktur eine Rolle: In Ostdeutschland ist die Bevölkerung zwischen 2011 und 2015 nur um 0,5% gewachsen. Gleichzeitig trugen die Dienstleistungsbereiche nur 0,7 Prozentpunkte zur Expansion bei. Das ist ein deutlicher Unterschied zu 1,7% Bevölkerungswachstum und einem Beitrag von 1,6 Prozentpunkten im Westen. Betrachtet man nur die östlichen Flächenländer, geht mit einer Bevölkerungsabnahme auch ein Sinken des Wachstumsbeitrags der Dienstleistungsbereiche einher.“ Eine weitere Ursache ist die Siedlungsstruktur in Ostdeutschland. Die östlichen Bundesländer haben im Vergleich zum Westen nur wenige Ballungsräume. Aber gerade dort fällt der Expansionsbeitrag der Dienstleister viel stärker aus. Und schließlich spielen auch die Strukturen innerhalb der ostdeutschen Industrien eine Rolle. Als in den 1990er Jahren die ehemaligen Staatsbetriebe privatisiert wurden, konzentrierten sie sich auf das Kerngeschäft – die Fertigung. Dienstleistungsaktivitäten wurden aufgegeben oder ausgegliedert. „Kritisch ist auch, dass es in Ostdeutschland so wenige Konzernzentralen gibt. Denn die haben nicht nur einen hohen Bedarf an Mitarbeitern, die überdurchschnittliche Einkommen haben und selbst Dienstleistungen nachfragen. Sie ziehen auch wissensintensive Dienstleistungsangebote an, zum Beispiel Rechts- oder Beratungsleistungen. All diese Einflüsse sind in Ostdeutschland viel geringer.“

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Dr. Hans-Ulrich Brautzsch

Tel +49 345 7753 775

ulrich.brautzsch@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rahel Künkele

Tel +49 345 7753 832

presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.